

"Minderheitenprobleme" in Luxemburger Wort (6. Januar 2007)

Quelle: Luxemburger Wort. 06.01.2007. Luxembourg.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a.

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"minderheitenprobleme"_in_luxemburger_wort_6_januar_2007-de-338e9ad6-b94b-4379-a473-87efe0fd09fa.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Neue EU-Osterweiterung bringt erhebliches Spannungspotenzial

Minderheitenprobleme

Brüssel muss Umgang mit ethnischen Minderheiten lernen

VON ARON G. PAPP (BUDAPEST)

Der am 1. Januar 2007 bevorstehende Beitritt von Rumänien und Bulgarien beschert der EU-Staatengemeinschaft eine ganze Reihe von ethnischen und religiösen Minderheitenproblemen - das offizielle Brüssel steht diesen großen Herausforderungen bisher eher ambivalent gegenüber.

Der zum Jahreswechsel bevorstehende Beitritt von Bulgarien und Rumänien zur EU ist aus europäischer Optik ein epochales Ereignis. Mit den beiden Balkanstaaten treten nämlich der EU erstmals zwei Länder direkt aus dem osteuropäischen Kulturkreis bei, die stark orthodox geprägt sind und damit direkt im byzantinischen Kulturkreis verankert sind. Sollte das Brüsseler Establishment bisher das dumpfe Gefühl gehabt haben, mit dem Beitritt von Slowenien, Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn bereits erhebliche Probleme des früher sozialistischen Ostens importiert zu haben, könnte das richtige Erwachen nun erst recht im Umgang mit Sofia und Bukarest erfolgen.

Vielfarbiges Bulgarien

Hinter der in den vergangenen zwei Jahren oberflächlich EU kompatiblen Fassade steht dort nämlich der Alltag im Zeichen größter Armut und damit weitgehend divergierender politischer und geschäftlicher Kulturen. Über den Bereich der überbordenden Korruption hinaus trifft hier innerhalb der EU erstmals Rom auf Byzanz - und zwar auf ganzer Breite.

Zudem wird sich die bisweilen recht indifferente EU-Administration nach dem 1. Januar 2007 in den neuen Mitgliedsländern Bulgarien und Rumänien erstmals innerhalb eigener Grenzen Millionen Menschen gegenübersehen, die als angestammte Minderheiten große Hoffnungen in das europäische Wertesystem setzen - Millionen Neubürger mit bis dato ungelösten ethnischen Problemen und religiösen Spannungen, die in den westlichen Altstaaten zwar seit Jahrzehnten obsolet, aber auf dem Balkan sehr real erscheinen. Es ist bekannt, dass sich die EU im Bereich der Minderheitenpolitik - diese betrifft unmittelbar immerhin rund 20 Millionen Menschen - stets sehr stark am zentralistischen französischen Vorbild orientiert, und sich damit ethnischen Minderheiten gegenüber bestenfalls gleichgültig verhält. Doch nun tritt am 1. Januar 2007 erstmals ein ethnischer Fleckenteppich der EU bei - eine echte Herausforderung für die Minderheitenpolitik der Gemeinschaft.

In Bulgarien sind nach der Volkszählung 2001 offiziell 83,9 Prozent der Bevölkerung ethnische Bulgaren; 9,4 Prozent sind Türken, 4,7 Prozent Roma. Außerdem leben Armenier, Serben, Griechen, slawische Mazedonier, Walachen (im Norden Rumänen, im Süden Aromunen) und die muslimischen, bulgarisch sprechenden Pomaken (slawisierte Roma) in diesem Land mit rund 7,7 Millionen Einwohnern. Die starke türkische Minderheit, die meist in engster Nachbarschaft friedlich mit den bulgarischen Orthodoxen zusammenlebt, ist ein historisches Überbleibsel des 1918 untergegangenen osmanischen Reiches.

Problemfall Rumänien

Mit Blick auf die heftigen Diskussionen um einen EU-Beitritt der Türkei und angesichts der grassierenden Islamphobie im Westen sehen aber die angestammten bulgarischen Türken dem EU-Beitritt mit gemischten Gefühlen entgegen. Nicht vergessen sind in dieser Volksgruppe die ethnisch-homogenisierenden Bestrebungen des früheren kommunistischen Regimes unter Todor Schiwkow. Die Folge war nach 1989 zeitweise ein Exodus von 300 000 Menschen in die benachbarte Türkei. Das offizielle Brüssel wird hier also deutlich stärker als bisher Sensibilitäten für die lokalen multiethnischen Verhältnisse entwickeln müssen.

Im Vielvölkerstaat Rumänien, der sich seit 1918 trotz seiner fast zwei Dutzend ethnischer Minderheiten

gerne als zentralistischer Einheitsstaat nach französischem Vorbild geriert und seit jeher staatlich gesteuert die Homogenisierung der Bevölkerung betreibt, hat unlängst ein Sprachen-Skandal die zweisprachige Universität von Cluj-Kolozsvár (Klausenburg) erschüttert.

Die Leitung schloss zwei ungarische Professoren aus, nachdem diese versucht hatten, in der offiziell zweisprachigen Lehranstalt auch ungarische Hinweisschilder anzubringen - ein minderheitenpolitischer Anachronismus wenige Tage vor dem EU-Beitritt Rumäniens. Hatten sich bisher in Brüssel und Straßburg schwergewichtig magyarisches EU-Parlamentarier aus Ungarn und der Slowakei um eine Mäßigung der mithin extrem nationalistischen Minderheitenpolitik Bukarests bemüht, importiert der EU-Beitritt des Landes also nunmehr die ganze Problematik einer fragwürdigen Minderheitenpolitik.

Zeitenwende 1918/1920

Mit der Zeitenwende 1918/1920 verblieben damals rund drei Millionen Ungarn außerhalb ihres eigentlichen Staatsgebietes - eine historische Ungerechtigkeit mit direkt spürbaren negativen Nachfolgen bis in die heutige Zeit. Die je nach Schätzungen 1,5 bis 2,5 Millionen Ungarn in Rumänien auch seit dem Fall von Diktator Nicolae Ceausescu unverändertes Feindbild für chauvinistische Rumänen - drängen seit der Wende auf eine stärkere Berücksichtigung ihrer Rechte als gleichberechtigte Bürger des Landes. In diesem ethnischen Ringen bilden die sich verstärkenden Autonomie-Forderungen der magyarischen Szekler sozusagen die *Piece de resistance*. Die rumänische Verfassung sieht eine solche allerdings nicht vor.

In drei Gemeinden des Szeklerlandes im Osten Siebenbürgens haben lokale ungarische Politiker vor Weihnachten eine nicht offizielle Probeabstimmung über die regionale Autonomie abgehalten mit durchschlagendem Erfolg: bei einer Beteiligung von immerhin rund 64 Prozent haben sich 99 Prozent für eine stärkere Selbstbestimmung der zu fast 90 Prozent von Magyaren bewohnten Region ausgesprochen. Will Brüssel im Südosten Europas nicht als neues Moskau agieren, wird es sich speziell in Rumänien in einem Umfeld voller neukapitalistischer Verwerfungen, - das, ähnlich wie ehemals in Südtirol unter Mussolini auch heute noch deutliche Zeichen einer staatlich gelenkten ethnischen Ansiedlungenpolitik erkennen lässt - auf Dauer einer profunden Analyse der Verhältnisse vor Ort, nachhaltigen Lösungen und damit auch berechtigten Minderheiten-Begehren nicht verschließen können.

Es ist dies bisher ein zäher Kampf ohne Terrorakte und internationale Schlagzeilen. Seit der Wende 1989 warten beispielsweise noch immer tausende kirchliche Immobilien der Katholiken, Kalviner, Lutheraner, Unitarier und Juden in Siebenbürgen und im Banat auf die längst überfällige Rückgabe durch den Staat. Das stets politisch umtriebig-wendige und eloquente Bukarest gehört auch hier endlich beim Wort genommen. Wie sich zudem EU-Westeuropa gegenüber den geschätzt rund drei Millionen Roma allein in Rumänien - diese unterliegen in Zukunft keinerlei administrativen Hemmschwellen - verhalten wird, ist eine höchst brisante Frage mit größter sozialer Sprengkraft.